Lecha Patriot.

Allentaun, Pa., December 10. 1856.

☞ Der Achtb. S. C. Bradshaw, der Representant dieses Distrikts im Congreß, hat unsern ungeheuchelten Dank für die Uebersendung von wichtigen Documenten.

Die Botschaft des Presidenten.

In einer andern Spalte der heutigen Zeitung findet der Leser die Botschaft des Presidenten in einem Auszuge—welcher Auszug aber doch alles Wichtige und Wissenswerthe in sich schließt.—Alles Uebrige ist nur ein unnützer Verbrauch von Worten, und ein großer Theil davon noch sogar ein Uebergang in das Politische, welches ihm doch gewiß keine Ehre macht; indem seine Bemerkungen hinsichtlich der Freistaats-Männer in Kansas, der Republikaner und der Constitution und der nördlichen Bürger überhaupt e r l o g e n sind—und für immer als ein Schandfleck auf unsern Geschichts-Büchern stehen werden. So weit hat sich doch noch kein President herabgewürdigt, als dies Franklin Pierce gethan hat!

Man sei behutsam.

Unlängst durchstreifte, wie wir berichtet worden sind, ein toller Hund die Gegend von Howertown und Bath, in Northampton Caunty—welcher wie es sich nun ergibt, einiges Vieh in jener Nachbarschaft gebißen haben muß. Denn in der vorletzten Woche wurde eine tolle Katze, in jener Umgegend gesehen—auch ist eine Kuh in Bath toll geworden. Gleichfalls wurde daselbst ein sogenannter „Schooshund" mit der Wasserscheu befallen, welcher 6 oder 8 Personen—Kinder und Erwachsene—ein Pferd des Gastwirths Henry Miller, so wie vieles andere Vieh gebißen haben soll. Da man nun nicht gerade weiß, wo diese tolle Thiere durchgestreift sind, so sollte man doch höchst sorgfältig sein, und sich und die Seinigen suchen vor dieser schrecklichen Krankheit zu bewahren, und diejenigen die bereits gebißen worden sind, können nicht zu bald von den bekannten unfehlbaren Verhütungs-Mitteln Gebrauch machen.

Versammlung des Congreßes.

Beide Häuser des Congreßes versammelten sich am 1sten December, und organisirten sich auf die gewöhnliche Weise. Im Senat waren 50 Mitglieder gegenwärtig. Nichts ist aber gethan worden als Nachricht von ihrer Organisation zu geben.

Im Hause waren etwa 200 Mitglieder bei der Hand. Herr Hodges von Vermont und die Herren Allen und Morrison von Illinois, erwählt um vacante Stellen zu füllen, wurden eingeschworen.—Die Wahlpapiere von Gen. Whitfield, als Delegat von Kansas, wurden überreicht. Hr. Grow von Pennsylvanien widersetzte sich der Annahme derselben. Hr. Phelps von Missouri meinte daß nach vorherigen ähnlichen Fällen Hr. Whitfield eingeschworen, und dann nachher die Gültigkeit seiner Wahl untersucht werden könnte. Herr Campbell, von Ohio, wollte den nämlichen Weg einschlagen, der bei der letzten Sitzung befolgt wurde. Hr. Grow aber bestand auf die Nichtannahme, und sagte daß das Haus nach einer vollen Untersuchung entschieden habe, daß keine gesetzliche Wahl dort stattgefunden, und aus dieser Ursache Whitfield nicht angenommen habe.—Es habe seitdem kein Wechsel stattgefunden, und er hoffe das Haus werde seine eigene Entscheidung nicht umstößen. Hr. Phelps erwiderte. es sei eine neue Wahl gehalten worden—durch die Verwerfung von Whitfield habe es eine vacante Stelle gegeben—und Whitfield sei nun gewählt dieselbe zu füllen. Es sei sonst niemand hier der auf den Sitz Anspruch mache—das Volk von Kansas sei zu einem Representant berechtigt, und er sollte daher eingeschworen werden. Hierauf wurde die Stimme genommen, und das Resultat war: 97 für seine Annahme und 104 dagegen. Hr. Grow schlug sodann vor obige Sache wieder vorzunehmen, und den Vorschlag auf den Tisch zu legen. Diesem Vorschlag widersetzten sich die Freunde Whitfield's mit vielem Eifer. Vorschläge zur Vertagung wurden niedergestimmt, und eine Sitzung von 6 Stunden aufgehalten, wobei immer die eine Parthei die andere zu ermüden gedachte.—Endlich um 7½ Uhr wurde ein Vorschlag sich zu vertagen, mit einer Stimme getragen.

Am 2ten December wurde die Botschaft des Presidenten im Senat verlesen, und außer einer etwas hitzigen Debatte, in Bezug auf den Druck derselben, ist nichs weiter gethan worden. Im Hause wurde der Vorschlag des Hrn. Grow, von gestern, den ganzen Tag debattirt, ohne daß man zu einer Abstimmung kam.

Am 3ten December wurde in beiden Zweigen des Congreßes das Hinscheiden des Senators J. M. Clayton, vom Staat Delaware angekündigt, wonach man sodann, nach den gewöhnlichen Geschäften bei solcherGelegenheit, sich wieder vertagte.

Am 4ten December fand ein warme Debatte im Senat statt, in Bezug auf das Drucken der Border-Ruffian Botschaft des Presidenten, worauf sich jener Körper bis zum Montag vertagte, ohne damit zu einem Schluß zu kommen. — Im Hause wurden die stehenden Committeen bekannt gemacht. Sie sind so etwa die nämlichen wie letztes Jahr.—Hierauf debattirte man wieder bis zur Vertagung, in Bezug auf Grow's Vorschlag, und zwar ohne zu einer Abstimmung zu gelangen.

☞ Die Aerzte des Senators Sumner, vom Staat Massachusetts, haben ihm den Rath ertheilt, nicht nach Waschington zu gehen und seinen Sitz einzunehmen—indem dies sein Leben in Gefahr setzen würde. Bully Brook der diesen großen Mann, wahrscheinlich auf Lebenszeit, ruinirt hat, ist bereits in Waschington angelangt, und hat seinen Sitz eingenommen.

Susquehanna Caunty.

In Suspuehanna Caunty sollen sich ungefähr 1400 Katholiken befinden, wovon 170 kurz vor der Presidenten-Wahl noch naturalisirt worden sind. Alle haben natürlich für Buchanan gestimmt. Also ersieht man, daß die Mehrzahl der Stimmen welche in diesem Caunty für Buchanan giengen, von Katholiken gegeben worden sind.—Bedenklich!

Wer will die Union aufheben?

Senator Mäson von Virginien, erklärte am 2. December, im Senat zu Waschington, daß wenn Fremont als President erwählt worden sei, der Süden die Union aufgehoben haben würde. Wer sind also die Union-Zerstörer? Sind es die Loko Foko Negertreiber nicht selbst?

☞ Die „A r a b i a" ist am 3. December zu Halifax mit einer Woche spätern Neuigkeiten von Europa angelangt. Dieselbe reichen nun bis zum 22sten November. Die mitgebrachten Nachrichten enthalten aber nichts Wichtiges. Die Preise für Brodstoffe waren unverändert geblieben.

Botschaft des Presidenten.

Mitbürger vom Senate und von dem Hause der Repräsentanten.

Die Constitution verlangt, daß der Präsident von Zeit zu Zeit, der Erwägung des Congresses solche Maßregeln, die er für nothwendig und nützlich erachtet, so wie Mittheilungen über die Zustände der Union vorlegen soll. Die vollständige Ausführung dieser Pflicht erfordert die Auseinandersetzung der gegenwärtigen Verhältniße des Landes, und seiner einheimischen und auswärtigen Beziehungen so weit sie wesentlich das allgemeine Wohl berühren. In der Erfüllung dieser constitutionellen Pflicht spricht der Präsident nicht allein, um seine persönliche Ueberzeugung auszudrücken, sondern um als executiver Verwalter der Regierung, berechtigt durch seine Stellung und durch seiner officiellen Verpflichtungen berufen, mit unparteiischem Auge das Interesse des Ganzen und aller Theile der Ver. Staaten zu prüfen.

Von den innern Angelegenheiten der Union, ihrem Ackerbau, Bergwesen, Fabriken, Schifffahrt und Handel ist nichts weiter zu sagen erforderlich, als daß das innere Gedeihen des Landes, sein fortwährendes sicheres Fortschreiten in Reichthum und Bevölkerung und sein Wohlergehen, was den Einzelnen, wie das Ganze betrifft, die Weisheit unserer Institutionen, und den vorherrschenden Geist der Intelligenz und des Patriotismus bezeugen, der ungeachtet vorkommenden Zwiespaltes in Meinungen und Handlungen, der mit Volksfreiheit verbunden ist, das Volk von Amerika auszeichnet und charakterisirt.

(Hier geht dann der President der Länge nach über auf die letzte Presidenten-Wahl und auf Kansas, und zwar auf eine solche Weise, wie dies nur durch einen echten Border-Ruffian geschehen kann. Dieser Theil ist daher nur ein Fleckschenier-Produkt.) — Nachher geht der President über auf die Finanzen.

Finanzen.

Ich verweise Sie auf den Bericht des Schatz-Amts-Secretärs, worin specielle Auskunft in Betreff der Finanzlage der Regierung und der verschiedenen Zweige des mit dem Schatz-Amts-Departement verbundenen Dienstes zu finden ist.

Während des letzten Rechnungsjahres betrugen die Einnahmen aus Zöllen zum ersten Male mehr als vier und sechzig Millionen Thaler, und aus allen Quellen drei und siebenzig Millionen neun hundert und achtzehn Tausend ein hundert und vier und vierzig Thaler ($73,918,144), was nebst dem Ueberschuß am 1. Juli 1855 die Gesammthülfsquellen des Jahres auf zwei und neunzig Millionen acht hundert und fünfzig Tausend ein hundert und siebenzehn Thaler ($92,850,117) bringt.

Die Ausgaben, einschließlich drei Millionen Thaler, in Vollziehung des Vertrags mit Mexiko, und ausschließlich von Summen, die auf Rechnung der Nationalschuld gezahlt warden, beliefen sich auf sechzig Millionen ein hundert zwei und siebenzig tausend vierhundert und einen Thaler ($60,172,401), und einschließlich der letzten auf zwei und siebenzig Millionen neun hundert und acht und vierzig tausend sieben hundert und zwei und neunzig Thaler ($72,948,792), indem die Zahlung auf diese Rechnung sich auf zwölf Millionen sieben hundert und sechs und siebenzig tausend drei hundert und neunzig Thaler ($12,776,390) belief.

Am 4. März 1853 betrug die National-Schuld $69,122,937. Sie wurde darauf um $2,750,000 für die Schuld von Texas erhöht—macht zusammen $71,879,937. Davon ist die Summe von $45,525,919, einschließlich Prämien, abgetragen, wodurch die Nationalschuld auf $30,737,129 herabgebracht worden ist, welche innerhalb eines Jahres, ohne den Staatsdienst in Verlegenheit zu bringen, abgezahlt werden könnte. Aber da sie noch nicht fällig und nur auf belieben der Inhaber ablösbar ist, so kann sie von der Regierung nicht zur Zahlung gedrängt werden.

Wenn man die Ausgaben der letzten 5 Jahre prüft, so ersieht man, daß sie durchschnittlich nach Abzug der Zahlungen auf Rechnung der Nationalschuld und zehn Millionen, welche noch an Vertrag an Mexiko gezahlt wurden, nur ungefähr 48 Millionen Thaler betragen. Man glaubt, daß unter einer ökonomischen Verwaltung der Regierung die durchschnittlichen Ausgaben für die kommenden fünf Jahre jene Summe nicht übersteigen werde, es sei denn, daß eine außerordentliche Gelegenheit zu ihrer Veräußerung vorkommen sollte.

Die Gesetze für Verleihung von Landschenkungen werden bald vollzogen sein, während die Ausdehnung unserer Grenz-Ansiedlungen eine fortwährende Nachfrage nach Ländereien und wahrscheinlich verstärkte Einnahmen aus jener Quelle verursachen werden. Diese Erwägungen werden eine Verminderung der Einkünfte aus den Zöllen rechtfertigen, so daß dieselben nicht 48 oder 50 Millionen Thaler übersteigen. Ich halte die Forderung einer solchen Herabsetzung für gebieterisch und empfehle sie von Neuem der Erwägung des Congresses dringend an.

Armee und Flotte.

Die Armee ist während des vergangenen Jahres so beständig gegen feindselige Indianer in verschiedenen Landestheilen verwandt worden, daß man kaum mit Angemessenheit sagen kann, daß sie eine Friedens-Einrichtung gewesen sei. Ihre Dienstpflichten sind zur Genüge erfüllt worden und wir haben Grund, als Resultat der Operationen des Jahres größere Sicherheit für die Grenzbewohner zu erwarten, als sie bis dahin genossen wurde. Ausgedehnte Verbindungen unter den feindlichen Indianern der Territorien Waschington und Oregon drohten zu einer Zeit die Verwüstung der neu geformten Niederlassungen jener entfernten Abtheilung des Landes. Kürzlicher Nachricht zufolge dürfen wir hoffen, daß die dort geführten energischen und erfolgreichen Operationen solche Verbindungen in Zukunft verhindern und jenen Territorien die Gelegenheit sichern werden, stetigen Fortschritt in der Entwickelung ihrer Ackerbau- und Mineral-Hülfsquellen zu machen.

Inneres und Post.

Der Bericht des Sekretärs des Innern bietet Thatsachen und Ansichten in Betreff der inneren Angelegenheiten, über welche sich die Oberaufsicht seines Departements ausdehnt, die von großem Interesse und großer Wichtigkeit sind.

Die Gesammtverkäufe der National-Ländereien belaufen sich während des letzten Rechnungs-Jahres auf 9,227,878 Acker, für welche die Summe von $8,821,414 eingenommen wurde. Während derselben Zeit sind mit Militär-Scrips u. Land-Warrants und zu andern Zwecken 30,100,230 Acker belegt worden, was somit zusammen 39,328,108 Acker ausmacht. Am verflossenen 30. September waren 16,873,699 Acker vermessen wovon ein großer Theil bereit für den Markt ist.

Die Anregungen in diesem Bericht in Betreff der Verwickelung und fortschreitenden Ausdehnung der Geschäfte der verschiedenen Bureaux des Departements; auf das Pensions-System; auf die Colonisation von Indianer-Stämmen, und die Anempfehlungen in Betreff mannigfacher Anlagen im Distrikt Columbia, werden Ihrer Erwägung ganz besonders anempfohlen.

Der Bericht des General-Postmeisters legt den Zustand jedes Regierungs-Departements vollständig dar. Die Ausgaben desselben für das letzte Rechnungsjahr waren $10,407,868, und seine Brutto-Einnahme $7,620,901, wonach eine Mehrausgabe über die Einnahmen von $2,787,046 sich ergiebt. Der Ausfall dieses Departements ist somit um $744,000 größer als für das mit 30. Juni 1853 endende Jahr. Von diesem Ausfalle müssen 330,000 der Gehalts-Zulage zugerechnet werden, welche den Postmeistern durch Congreß-Akte vom 22. Juni 1854 bewilligt wurde. Die Post-Erleichterungen in jedem Landestheile sind in jenem Zeitraume sehr erweitert worden, und die große Vermehrung des Eisenbahndienstes, die sich auf 7980 Meilen beläuft, hat auch die Transportationskosten bedeutend vermehrt.

Die unbeträchtliche Vermehrung des Einkommens des Post-Amt-Departements unter den verminderten Porto-Sätzen, und seine zunehmenden Ausgaben müssen dasselbe für jetzt von der Unterstützung des Schatz-Amtes abhängig machen. Die Empfehlungen des General-Postmeisters in Betreff der Abschaffung des Frankir-Privilegs und seine Ansichten über Errichtung von Post-Dampfschiff-Linien, verdienen die Erwägung des Congreßes. Ich lenke ferner die besondere Aufmerksamkeit des Congreßes auf die Angabe des General-Postmeisters bezüglich der Summen, welche jetzt für die Transportation der Post an die Panama-Eisenbahn-Compagnie gezahlt werden, und empfehle Ihrer baldigen und günstigen Erwägung die Anregungen jenes Beamten in Betreff meiner Contracte für den Post-Transport auf jener Route, sowie auch auf der Tehuantepec- und Nicaragua-Route, an.

Auswärtige Angelegenheiten.

England.

Das freundliche Verhältniß der Ver. Staaten mit allen fremden Mächten dauert fort.

Als ich meine letzte Botschaft an den Congreß einsandte, drohten zwei Streitfragen, die eine in Betreff der Rekrutirungen in diesem Lande für fremden Dienst, die andere bezüglich Central Amerikas, das gute Vernehmen der Ver. Staaten mit Großbrittanien zu stören. Vom Verlauf und Ausgang der ersteren Angelegenheit wurden Sie zur Zeit benachrichtigt, die andere befindet sich jetzt auf dem Wege befriedigender Ausgleichung.

Der Gegenstand der am 19. April 1850 zwischen den Ver. Staaten und Großbrittanien geschlossenen Convention war, im Interesse aller Nationen, die Sicherung der Neutralität und der gemeinsamen Beschützung einer Transitstraße oder interoceanischen Verbindung über die Landenge von Panama, welche Straße innerhalb der Grenzen Central Amerikas eröffnet werden sollte. Der später von England erhobene Anspruch auf den Besitz oder die Controle über Territorien an oder nahe den zwei Straßen (Nicaragua und Honduras) erschien den Ver. Staaten nicht nur unverträglich mit dem Hauptzwecke des Vertrags, sondern sogar für ausdrücklichen Bestimmungen desselben zuwider. Weiterer Streit über diesen Punkt ist durch einen Zusatzvertrag beseitigt worden, den unser Minister in London abgeschlossen hat und der unverzüglich dem Senat zur Betrachtnahme vorgelegt werden wird. Sollte dem vorgeschlagenen Nachtragarrangement zugestimmt werden, von den dabei interessirten Parteien, so würden die durch den Originalvertrag beabsichtigten Zwecke vollständig erreicht werden.

Der am 5. Juni 1854 geschlossene und in 1855 ins Leben getretene Vertrag zwischen den Ver. Staaten und Großbrittanien, setzte den Reibungen zwischen beiden Ländern ein Ziel, indem er den Ver. Staaten die Fischereigerechtigkeit an der Küste der Provinzen brittisch Amerikas unter gleichen Vortheilen wie für brittische Unterthanen einräumte. Abgesehen von den außerordentlichen Vortheilen dieses Vertrags für eine zahlreiche Classe unserer Bürger, die eine Geschäftsthätigkeit betreibt, die in bedeutendem Grade mit unsrer nationalen Wohlfahrt und Stärke verbunden ist, hatte dieser Vertrag noch einen günstigen Einfluß auf andere Interessen, indem er eine Bestimmung für gegenseitige Handelsfreiheit zwischen den Ver. Staaten und den brittischen Provinzen Amerikas enthielt.

Die Ausfuhr einheimischer Artikel in diese Provinzen beläuft sich während des letzten Jahres auf $22 Millionen, ein Mehr von fast 7 Millionen gegen die Ausfuhr des Jahres vorher; die Einfuhr von da, in derselben Periode, ist über 21 Millionen oder 6 Millionen mehr, als im Jahre vorher. Die Verbesserung dieses Handelszweiges kommt hauptsächlich dem obigen Vertrage zu Gute.

Im ersten Artikel dieses Vertrags war die Bestimmung getroffen, daß durch eine Commission die Mündungen der Flüsse festzustellen, bis wohin das gemeinsame Fischereirecht, an der Küste der Ver. Staaten und der brittischen Provinzen nicht ausgedehnt werden sollte. Diese Commission hat während zweier Jahrszeiten gearbeitet, ohne indeß weit in ihrer Aufgaben vorzurücken, da die Commissäre sowohl in Bezug auf Bestimmung der Punkte, wo die Flüsse aufhören, als auch zuweilen über den Charakter eines Flusses ernstlich von einander abweichen. Die Schwierigkeiten werden sich indessen durch das im Vertrage vorgesehene Schiedsgericht heben lassen.

Spanien.

Mit Spanien sind wir nicht in neue Schwierigkeiten gekommen, doch sind auch die angeknüpften Unterhandlungen für Befreiung unseres Handelsverkehrs mit Cuba von einigen seiner Belastungen und für beschleunigte Beilegung einiger daraus entstandenen lokalen Streitigkeiten noch ohne Erfolg geblieben.

Das Recht der Neutralen.

Bald nach Ausbruch des letzten europäischen Krieges legte diese Regierung den sämmtlichen Seemächten zwei Prinzipien für Sicherung des neutralen Handels vor. Das Eine, daß die neutrale Flagge feindliche Güter, mit Ausnahme von Kriegs-Contrebande, schützen, das Andere, daß neutrales Eigenthum an Bord von Kauffahrern kriegführender Mächte frei von Confiscation sein solle, sobald es nicht in Contreband-Artikeln bestehe. Es waren dies keine neuen Regeln des Völkerrechts, sie sind fast immer von Neutralen behauptet, wenn auch nicht von den kriegführenden Mächten anerkannt worden. Eine der kriegführenden Mächte—Rußland—und mehrere neutrale Mächte traten auf der Stelle diesen Vorschlägen bei, und da die andern beiden kriegführenden Hauptmächte—Großbrittanien und Frankreich—sich einverstanden erklärten, sie im gegenwärtigen Falle zu beachten, so schien eine günstige Aussicht vorhanden, eine allgemeine Anerkennung dieser Grundsätze in Europa wie in Amerika zu erzielen. Aber Großbrittanien und Frankreich, gemeinsam mit den meisten Staaten Europa's gingen doch nicht zustimmend auf diese Anträge der V. Staaten ein, wenn sie dieselben auch nicht gerade von der Hand wiesen.

Während die Frage auf diesem Punkte stand, traten die Gesandten von Rußland, Frankreich, Großbrittanien, Ostreich, Preußen, Sardinien und der Türkei in Paris zusammen, beriethen die Frage des Seerechts und erließen eine Erklärung, in der sie die zwei Jahre früher von dieser Regierung aufgestellten zwei Principien abermals der Prüfung der Seemächte empfehlen und die folgenden Vorschläge damit verbanden: „Kaperei ist und bleibt abgeschafft," und „Blockaden müssen, um bindend zu sein, durch eine Macht vollzogen werden, die ausreichend ist den Zugang zur feindlichen Küste zu verwehren." Zum Beitritt zu dieser nun aus vier Punkten bestehenden Erklärung wurde diese Regierung von allen in Paris vertretenen Mächten, mit Ausnahme Englands und der Türkei, eingeladen. Gegen den letzten dieser beiden Zusatzpunkte, die Blockaden betreffend, kann sicher nichts eingewendet werden. Es ist nur die Definition dessen, was unter Blockirung eines Platzes wirklich zu verstehen ist, eine Definition, für welche diese Regierung sich stets ausgesprochen hat, indem sie Schadloshaltung für Verluste in solchen Fällen forderte, wo eine thatsächliche Verletzung dieser so festgeltenden Regel unserem Handel Nachtheile brachte.

Mexiko.

Die Regierung der Ver. Staaten hat zu jeder Zeit mit freundlichem Interesse auf die übrigen Staaten Amerika's geblickt, die, wie unser eigenes Land, aus früheren europäischen Colonien zu unabhängigen Mitgliedern der großen Völkerfamilie geworden sind. Die ungeordneten Zustände einiger derselben aber, die durch häufige Revolutionen zerrissen und so für eine reguläre und feste innere Verwaltung ungeschickt sind, hat mehrmals unsern staatlichen Verkehr mit ihnen unterbrochen auf Grund von Ungerechtigkeiten, die sie unsern Bürgern zufügten und wieder gut zu machen zu langsam waren.

Unglücklicher Weise ist es die Republik Mexiko, mit der wir ganz besonders auf freundlichem Fuße stehen möchten, gegen welche diese Klagen am zahlreichsten sind; und obschon ernstlich deren Abhülfe betrieben wurde, so haben sie doch bis jetzt nicht die Berücksichtigung gefunden, die zu erwarten diese Regierung ein Recht hat. Während so die Vergütung für altes Unrecht zurückgehalten wurde, ist neues hinzugekommen. Jedoch ist die politische Lage jenes Landes eine solche, daß sie von Seiten der Ver. Staaten Langmuth fordert; ich meinerseits werde meine Bemühungen fortsetzen, diejenige Schadloshaltung für unsern Bürgern widerfahrenes Unrecht zu erlangen, die unumgänglich ist für die Fortdauer einer freundlichen Verbindung zwischen zwei Republiken.

Nicaragua.

Die eigenthümlichen Sachlage in Nicaragua bei Beginn des laufenden Jahres erheischte, daß diese Regierung in diplomatische Beziehungen zu jenem Staate trat. Durch das Gebiet desselben ist eine der Hauptstraßen über den Isthmus eröffnet, der Nord- und Südamerika verbindet, auf welcher ein ungeheurer Betrag vonEigenthum transportirt wurde, und auf welche unsre Bürger in großer Zahl angewiesen waren, bei ihren Reisen zwischen den p a c i f i s c h e n und den atlantischen Küsten der Ver. Staaten. Der Schutz beider erforderte die Anerkennung der factischen Gewalt in jenem Staate als verantwortliche Regierung, und der Minister desselben wurde deshalb hier empfangen, blieb jedoch nur kurze Zeit. Bald darauf nämlich erlitten die politischen Zustände Nicaraguas einen ungünstigen Wechsel und wurden unstät und verworren. Diplomatische Bevollmächtigte zweier streitender Partheien trafen neulich hier ein, aber bei der unvollständigen Kenntniß, die wir darüber haben, war es unmöglich zu entscheiden, welche von beiden die Regierung de facto sei, und in Erwartung weiterer Aufschlüsse habe ich keinen der beiden Gesandten empfangen.

Neu-Granada.

Fragen sehr ernsten Charakters haben sich zwischen den Ver. Staaten und der Republik Neu-Granada erhoben. Die Regierung jener Republik unternahm es vor einem Jahre Tonnengeld von den fremden Schiffen in ihren Häfen zu erheben, eine Maßregel, der diese Regierung als den Vertragsbedingungen mit den Ver. Staaten und den verbrieften Rechten der Panama Bahn-Compagnie zuwiderlaufend, opponirte, und die deshalb damals aufgehoben wurde, indem man zugestand, daß unsere Schiffe in den Freihäfen von Panama und Aspinwall zur Freiheit von Tonnengeld berechtigt seien. Seit Kurzem aber ist dieser Plan neu aufgetaucht, indem Neu-Granada ein Gesetz erlassen hat, wonach Schiffe, die in seinen Häfen einlaufen, 40 Cts. per Tonne bezahlen sollen;—obgleich dieses Gesetz noch nicht in Vollzug gesetzt ist, wird doch das Recht dazu behauptet und kann zu irgend einer Zeit von der Regierung jener Republik in Anspruch genommen werden.

Der Congreß von Neu Granada hat ferner im Laufe des letzten Jahres ein Gesetz erlassen, wonach eine Taxe von über $3 von jedem Pfund Postfracht erhoben wird, für Passirung des Isthmus. Die auf solche Weise von der Post der Ver. Staaten zu erhebende Summe würde sich jährlich auf beinahe zwei Millionen Thaler belaufen, abgesehen von der hohen Summe, die contractlich durch die Panama Eisenbahn Company gezahlt wird. Wäre auch nur die unverschämte Höhe dieser Summe der alleinige Einwand gegen diese Forderung, die Ver. Staaten könnten sich derselben doch nicht fügen. Die Einführung dieser Steuer würde aber auch noch augenfällig unserm Vertrage mit Neu-Granada zuwiderlaufen und den Contract dieser Republik mit der Panama Bahn Gesellschaft verletzen. Das diese Taxe festsetzende Gesetz sollte, nach seinem Wortlaute am 1. Dec. dieses Jahres in Kraft treten, aber die Localbehörden auf dem Isthmus sind veranlaßt worden seine Durchführung zu verschieben und weitere Instructionen deshalb von ihrer Regierung abzuwarten. Ueber den Entschluß dieser Regierung habe ich noch keine Nachricht; sollte sie aber bei einer Maßregel, so außergewöhnlichen Natur und so offenbar im Widerspruch mit den Vertragsbestimmungen und den contractlichen Rechten der Panama Eisenbahn Company, die meist aus amerikanischen Bürgern besteht, beharren, so wird es zur Pflicht der Ver. Staaten, sich derselben zu widersetzen.

Ich bedauere ungemein, Ihre Aufmerksamkeit auf einen noch ernsteren Gegenstand in unsern Beziehungen zur Republik Neu-Granada richten zu müssen. Am 15. April d. J. unternahm eine aufrührerische Rotte von Bewohnern Panama's einen gewaltsamen und beleidigenden Angriff auf die Gebäude der Bahn-Compagnie und die in oder nahe denselben befindlichen Passagiere und anderen Personen, der den Tod mehrerer Ver. St. Bürger, die Plünderung anderer und die Zerstörung einer Menge Eigenthums der Bahn-Compagnie nach sich zog.

Die gegenwärtige Lage der Dinge auf dem Isthmus von Panama erfordert, was die Sicherheit der darüber passirenden Personen und Güter betrifft, ernste Erwägung.

Nach den Vertragsbestimmungen haben Bürger der Ver. Staaten, unter Aufwendung vieler Millionen, eine Eisenbahn quer durch den Isthmus angelegt, die zur Hauptstraße zwischen unsren atlantischen und pacifischen Besitzungen geworden ist und die von Unmassen von unsern Bürgern und Gütern fortwährend passirt wird. Die Sicherheit und der Schutz für sie, wie die Dauer des öffentlichen Nutzens, machen es für die Regierung der Ver. Staaten, unmöglich, gleichgültig dabei zu bleiben.

Schlußwort.

Indem ich meine letzte Jahresbotschaft an Sie richte, scheint es mir am Platze zu sein, Ihnen meinen Glückwunsch abzustatten zu dem Frieden, dem Wachsthum und dem Glück, dessen die Vereinigten Staaten sich jetzt erfreuen. Wollte ich auch auf den Stand der verschiedenen Zweige der Verwaltung und der großen Abtheilungen des öffentlichen Dienstes, civil wie militärisch, hinweisen, um von der Intelligenz und Unbescholtenheit zu sprechen, die das Ganze durchzieht, so würde damit doch nur unvollkommen der Administrations-Zustand des Landes und die wohlthätigen Wirkungen desselben auf das allgemeine Wohl angedeutet werden.

Ich werde die executive Gewalt meinem Nachfolger übergeben und mich in's Privatleben zurückziehen mit dem Gefühl tiefster Dankbarkeit für die Vorsehung, die in der Zeit meiner Verwaltung das Land durch manche Schwierigkeiten, innere wie äußere, geleitet und mich in Stand gesetzt hat, auf die freundlichen und achtungsvollen Beziehungen zu blicken zwischen unserer und allen anderen Regierungen und die Wiederherstellung der constitutionellen Ordnung und Ruhe im ganzen Umfang der Union.

Franklin Pierce.

W a s h i n g t o n, 2. December 1856.

Bericht des Schatzamt-Secretärs.

Der Bericht dieses Secretärs ist sehr lang, und zeigt daß die Allgemeine Regierung das Volk jährlich 60 Millionen Thaler kostet—neben der Bezahlung auf Rechnung der öffentlichen Schuld, welches sich durchschnittlich zu etwa 10 Millionen Thaler des Jahrs beläuft. Die Schuld war etwa 70 Millionen als Pierce in das Amt kam, und jene Schuld ist jetzt noch 40 Millionen. Nebendem ist man aber auch seitdem noch etwas über 20 Millionen an verschiedene Indianer-Stämme schuldig geworden, so wie auch ferner etwa 10 Millionen an Anforderer aller Art. Dies bringt unsere jetzige Schuld also wieder auf 70 Millionen Thaler. Die Ausgaben unter Pierce beliefen sich höher als unter irgend einer früheren Administration in Friedens-Zeiten.

Der Secretär schätzt die Einnahmen für das laufende Jahr, sollte der Tariff unverändert bleiben, auf 66 Millionen von den Customs—6 Millionen von den Ländereien—und eine Million aus andern Quellen—zusammen auf 73 Millionen. Die Einfuhren für das Fiscal Jahr, endigend mit dem letzten Tag Juni, wurden amtlich auf 327 Millionen Thaler geschätzt—und die Ausfuhren auf 315 Millionen—also ein Ueberschuß auf der unrechten Seite des Rechnungbuches von 12 Millionen Thaler.

Der Secretär empfiehlt eine Herabsetzung des Tariffs, aber seine Gründe dafür scheinen uns nur sehr schwach zu sein. Sein Gedanke ist nämlich, daß wir in manchen Hinsichten zu verschwenderisch sind—und natürlich würde uns eine solche Herabsetzung dann zur Sparsamkeit gewöhnen. Dies ist so etwa dem Sinn nach das Kurze und das Lange von seinem Argument. Warum ein Schuldner in der Summe von 60 bis 70 Millionen Thaler sich angetrieben fühlen sollte sein Einkommen zu verkleinern, um sich selbst vor seinen gewohnten Verschwendungen zu schützen und seinen Bedienten die Spitzbüberei abzugewöhnen, können wir aber nicht begreifen?—Warum nicht zuerst die Schulden abbezahlt, oder Mittel und Wege getroffen dieselbe zu bezahlen? Er schließt dann seinen Bericht damit, daß er anempfiehlt, daß man ein Gesetz erlaßen möge, wonach die Salarien seines Departements erhöht werden würden. So, so hat er doch sich und die Seinigen auch nicht vergeßen.

Der Bericht des Secretärs des Innern.

Der Secretär des Innern beklagt sich sehr über die viele Arbeit die er zu verrichten habe, und wünscht keine neue Verpflichtungen aufgelegt zu haben.

Die Ausmessungen der öffentlichen Ländereien giengen mit schnellen Schritten voran; aber von den 17 Millionen Acker welche für den Markt bereit waren, ist ein großer Belauf aus demselben, in Folge der Verschenkungen an Riegelbahn Compagnien, zurückgenommen worden.

Viele Betrügereien seien auch zu Tage gekommen, aber der Secretär ist der Meinung, um das kürzeste Geschäft daraus zu machen, würde man beßer die Sache so hingehen laßen.

Die Verkäufe von Ländereien für Baargeld betrugen in dem letzten Fiscal Jahr 9,227,878 Acker, welche $8,821,414 brachten. Auf militärische Landwarrants wurden ausgewählt 8,382,480 Acker. Für Riegelweg Verschenkungen wurden 15,680,000 Acker ausgewählt. Im Ganzen sind also die öffentlichen Ländereien in dem letzten Fiscal Jahr um 39,328,000 Acker weniger geworden.

Im Ganzen sind in den letzten 4 Jahren 30,935,174 Acker zu $27,940,151 verkauft worden. Setze hinzu dasjenige Land welches auf Landwarrants und durch Riegelbahn-Compagnien ausgewählt wurde, so ersieht man daß in 4 Jahren unsere öffentliche Ländereien um 94 Millionen Acker weniger geworden sind.

Am 30. Juni waren noch 13,932 Pensioners auf der Liste, an den Kosten von $1,360,694. Der Secretär sagt daß auch in diesem Departement große Betrügereien begangen worden seien, und wünscht ein Theil derselben von der Liste gestrichen zu haben. In dem letzten Jahr sind dieser Liste 1035 Pensioners beigefügt worden—und 1548 sind gestorben, die von derselben gestrichen wurden.

Es sind nun 20 Indianer-Traktate vor dem Senat, durch welche, so sagt der Secretär, 122,000,000 Acker Land für etwa $11,000,000 den Vereinigten Staaten zugebracht werden können. Die Zahl der Indianer an unsern Gränzen wird zu 300,000 Seelen geschätzt. Das Indianer-Departement kostet jährlich etwa $2,600,000, und der Secretär legt die Schuld dieser großen Kosten auf unsere weißen Bürger.

Bericht des Kriegs-Secretärs.

Der Bericht des Kriegs-Secretärs ist gleichfalls sehr lang, und wir können daher nur einen Auszug daraus folgen laßen.

Die autorisirte Stärke unserer stehenden Armee ist 17,894 Mann; und die wirkliche Stärke derselben betrug am 1. Juli nur 15,562 Mann.—Angeworben wurden während den 12 Monaten, welche am 30. September endigten 4,440 Mann, 5,594 die angeworben zu werden wünschten, wurden wegen ihrer Minderjährigkeit und Untauglichkeit nicht angenommen. Während dem letzten Fiscal Jahr wurde die Armee durch Zufälligkeiten, als durch den Tod, Freigebungen und Desertationen um 6,097 Mann vermindert—wovon 3,223 entlaufen sind.

Die Indianer Schwierigkeiten sind nach dem Bericht beinahe alle glücklich beigelegt worden.

Der Secretär frägt den Congreß für liberale Bewilligungen für Kriegszeug, für neue Forts und für die Verbeßerung von kleinen Waffen, und meint daß kein Argument nöthig sei, um zu zeigen, daß Forts ohne Waffen von keinem Werth seien. Auch frägt der Secretär für höhere Salarien der Offizieren—um die Gemeinen scheint er sich daher nur wenig zu bekümmern.

Er schließt sodann seinen Bericht damit, daß er die Bewegungen der Armee in Kansas, in der Kürze, wiederholt, damit daß er sich auf die Ausdehnung des Capitoliums begiebt, und daß er ein Pensions-Gesetz für die Wittwen und Waisen der Soldaten der Armee, ähnlich des in Bezug auf die Nävy anempfiehlt.

General Postmeisters-Bericht.

Der Postmeister General berichtet, daß die Zahl der Postämter in der Union, am 30. Juni 25,662 gewesen sei. Von diesen haben 339 ein Einkommen von über $1000 des Jahrs—und die Postmeister derselben werden durch den Presidenten mit Zustimmung des Senats ernannt. Die Total Vergütung der Postmeister in dem letzten Fiscal Jahr war $2,102,890. Die Anzahl der Mail-Route Contraktoren war 6,372; Mail-Agenten 394; und Mail-Messengers 1,108.—Das Felleisen wurde 20,323 Meilen auf Riegelbahnen getragen, 14,951 auf Dampfbooten, 50,453 in Postkutschen und über 153,915 Meilen in kleinern Fahrzeugen. Die Kosten der Transportation für eine jede Meile auf den Riegelbahnen war 10.6 Cents; auf den Dampfbooten 20.3 Cents; in den Postkutschen 7 Cents; und auf den kleinern Fahrzeugen 8 Cents. Die Total Kosten für die Transportation des Felleisens für das letzte Jahr, mit Einschluß der Salarien von Agenten und Messengers, aber die Ocean-Dienste ausgeschloßen, war $6,576,128.

Die Gesammt-Ausgaben dieses Departements für das letzte Fiscal Jahr, betrugen $10,405,286. Das ganze Einkommen war nur $7,620,821—welches eine Unzulänglichkeit von $2,787,046 zeigt, und welches bedeutend mehr ist als die Durchschnitts-Summe der letzten 3 Jahren.

Der General-Postmeister schätzt die Ausgaben für das laufende Jahr an $10,658,678, und die Einkünfte zu $9.991,794.

Die Abschaffung des Frankir-Rechts wird anbefohlen, und gleichfalls die Abschaffung der 50 Prozent Abzug welcher auf Zeitschriften erlaubt, wenn sie im Voraus bezahlt werden. Mit diesem Wechsel, und dadurch daß der Regierung die Bürden der Ocean-Felleisen abgenommen werden würden, glaubt der General-Postmeister daß das Departement seine eigene Kosten tragen könne.

Bericht des Secretärs der Nävy.

Der Secretär der Nävy frägt den Congreß für eine Bewilligung von $12,418,023 27, für den Unterhalt der Nävy und des Marine Corps für das nächste Fiscal Jahr. Hievon sind $3,505,044 22 für spezielle Zwecke, Transportation etc. einschließend, abzunehmen. Welches die Summe von $8,912,979 45 für den ausschließlichen Unterhalt der Nävy und des besagten Corps übrig läßt.

Die Bewilligungen für dieses Jahr beliefen sich zu $14,078,529 04—wovon für Transport-Kosten, u. s. w. $5,641, 172 07 abzurechnen sind—welches dann die Summe von $8,437,356 97 für den Unterhalt des Marine Corps und der Nävy übrig gelaßen hat. Uebrigens enthält der Bericht dieses Secretärs nichts besonders Wichtiges, obschon derselbe sehr lang ist.

Lebanon Caunty.

Ein Herr Tracy, von der „Rattling Run," in jenem Caunty, schreibt daß er und seine Gehülfs-Jäger, seit den letzten zwei Wochen 10 Bären getödtet hätten—dazu sind noch 7 von andern Personen in jener Nachbarschaft getödtet worden—zusammen also 17.—Wir hatten nie den Gedanken, daß Lebanon Caunty eine Wildniß sei.

Col. J. C. Fremont.

Die Loko Foko Aussage, daß Col. Fremont eine kurze Zeit vor der Wahl in Philodelphia gewesen sei, und gesucht habe eine Fusion zu bewirken, ist e i n e L ü g e.

☞ Marschall Donaldson, von Kansas, hat sein Amt niedergelegt, und Herr S p e n c e r, von Michigan, soll an seine Stelle ernannt worden sein. Ein Gerücht geht, daß auch Richter Lecompte sein Amt niederlegen werde.

☞ In Dauphin Caunty hielten die Methodisten unlängst verlängerte Versammlungen, während welchen sich sehr viele Personen, von jedem Alter, ihrer Kirche angeschloßen haben.

☞ Schon in 1854 wurde es dem Achtb. Cassius M. Clay, durch die Freunde von Douglaß, in Springfield, Illinois, verboten, eine Freiboden Rede zu halten. O, freies Amerika!

Heirathen zwischen nahen Verwändten.

Der Norfolk (Ohio) Reflector sagt, daß in Huron County 11 blinde, 12 taubstumme, 12 blödsinnige und 12 wahnsinnige Personen sind. Die Eltern von 5 derselben waren vor ihrer Verheirathung Vettern und Cousinen.

Eine kostspielige Brücke.

Die hängende Brücke, welche man im Begriff ist zu St. Louis über den Mississippi Fluß zu errichten, wird, wie man sagt, die köstlichste in der Welt sein. Sie wird ungefehr zwei Millionen Thaler kosten, 84 Fuß oberhalb dem hohen Wasserstand und über eine Meile Lang sein. Der Boden der Thürme wird 60 Fuß unterhalb niedrigem Wasserstand sein.

Ein Staat ohne Schulden.

Der Staat Texas befindet sich hinsichtlich seiner Finanzen in einer beneidenswerthen Lage. Er wird von dem ganzen Lande beneidet. In einem neulichen Bericht giebt sein Comptroller folgende schmeichelhafte Schilderung seiner Lage: "Der Staat ist frei von Schulden, mit einem Ueberschuß von über einer Million Thaler in seiner Schatzkammer; einem dauernden fünf prozentigen Schulfond von zehn Millionen Thalern, einem unangewiesenen öffentlichen Gebiet, welches auf ein hundert Millionen Acker geschätzt wird, und welches, wenn es klug angewendet wird, allen Zwecken der innerlichen Verbesserung entsprechen wird, die von dem Staat erfordert werden; und dabei sind seine Taxen leichter, als irgend einem andern Volk auferlegt werden, und die für alle Bedürfnisse der Regierung hinreichend sind. Der Gesammtbelauf des besteuerbaren Vermögens ist beinahe $150,000,000, welches ein Zuwachs von $22,500,000, zu jenem des vorigen Jahrs ist.